

Antrag

**der Abgeordneten Kai Voet van Vormizeele, Christoph Ahlhaus,
Dennis Gladiator, Ralf Niedmers, Karl-Heinz Warnholz (CDU) und Fraktion**

Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014 Einzelplan 8.1

Betr.: Sicherheit für alle gewährleisten – handlungsfähigen Staat erhalten

Die CDU-geführten Senate haben in den Jahren zwischen 2001 und 2011 konsequent dafür Sorge getragen, dass die Kriminalität zurückgedrängt wurde und das Sicherheitsempfinden der Bürger wiederhergestellt wurde.

Die umfassende Gewährleistung des Rechtsstaates ist Grundlage für eine prosperierende und gerechte Stadt.

Diese Sicherheit wird nicht abstrakt durch einen „Verwaltungsakt“ hergestellt, sondern ist das Ergebnis der Arbeit engagierter Bediensteter der Freien und Hansestadt Hamburg, die als Polizisten, Feuerwehrleute oder Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz persönlich für die Sicherheit der Bürger einstehen.

Die persönlichen und sachlichen Rahmenbedingungen der Arbeit dieser Menschen müssen deshalb in besonderem Maße der Schwere ihrer Aufgabe angemessen sein.

Die derzeitigen erheblichen Probleme bei den Neueinstellungen von Polizeibeamten für den Laufbahnabschnitt 1 zeigen auf, dass der Beruf des Polizeibeamten nicht mehr die hinreichende Attraktivität bietet. Ein wesentlicher Faktor dieses Problems sind die mangelhaften Aufstiegsaussichten junger Polizeibeamter.

So betragen die Aufwendungen für Beförderungen nach dem Laufbahnverlaufmodell im Jahr 2009 8.438.019 Euro, 2010/2011 10.653.330 Euro und im Jahr 2012 lediglich noch 3.865.441 Euro.

Im Entwurf des Etats 8.1 der Behörde für Inneres und Sport sind keine Mittel für die weitere Umsetzung des Laufbahnverlaufmodells vorgesehen. In der Drs. 18/6273 war die Bürgerschaft aber einstimmig der Auffassung, dass bis zum Jahr 2015 „jährlich circa 14 Millionen“ zur Umsetzung eines gerechten Beförderungssystems notwendig wären.

Gleichzeitig sind die Rahmenbedingungen für Polizeibeamte durch eine erhebliche Anzahl von Überstunden gekennzeichnet. Aktuell „schieben“ die Bediensteten der Polizei 905.000 Überstunden (Stand 31.10.2012) vor sich her.

Nicht nur die Kräfte der Polizei und der Feuerwehr leisten eine unersetzliche Arbeit für die Sicherheit unserer Bürger. Auch die Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz stehen angesichts der weiter bestehenden Bedrohung durch den internationalen Terrorismus und einer gestiegenen Bedrohung durch den Rechtsextremismus vor weiterhin großen Herausforderungen. In einer solchen Lage wäre der Abbau von Personal im Landesamt für Verfassungsschutz sachlich falsch und ein Beitrag, diese Bedrohungen zu unterschätzen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, die finanziellen Rahmenbedingungen eines gerechten Beförderungsmodells in den Haushaltsentwurf 2013/2014 einzustellen.
2. Der Senat wird aufgefordert, für das zweite Einstiegsamt der Laufbahngruppe 1 in der Fachrichtung Feuerwehr auskömmliche Finanzmittel bereitzustellen.
3. Der Senat wird aufgefordert, ein tragfähiges Modell zu entwickeln, das einen gerechten Ausgleich für Mehrarbeit bei der Polizei gewährleistet. Die finanziellen Auswirkungen sind in den Etat 2013/2014 einzustellen. Der Bürgerschaft ist bis zum 31.03.2013 über die Umsetzung zu berichten.
4. Auf die Absenkung der Vollzeitäquivalente im Landesamt für Verfassungsschutz von 155,65 (2012) über 154,65 (2013) und 152,65 (2014) auf 150,65 (2016) wird verzichtet.

Dafür wird im Ergebnisplan der Produktgruppe 273.01 der Ansatz für Personalkosten für das Jahr 2013

in Höhe von 8.761 Tsd. Euro
um 50 Tsd. Euro
auf 8.811 Tsd. Euro

und für das Jahr 2014

in Höhe von 8.794 Tsd. Euro
um 150 Tsd. Euro
auf 8.944 Tsd. Euro
erhöht.

5. Deckung:

Im Ergebnisplan der Produktgruppe 273.01 wird der Ansatz für Kosten aus Verwaltungstätigkeit für das Jahr 2013

in Höhe von 2.611 Tsd. Euro
um 50 Tsd. Euro
auf 2.561 Tsd. Euro

und für das Jahr 2014

in Höhe von 2.611 Tsd. Euro
um 150 Tsd. Euro
auf 2.461 Tsd. Euro
herabgesetzt.